

MANAGER

Gefahr fürs Lebenswerk

RAG-Chef Werner Müller soll beim Poker um den geplanten Börsengang seinen Aufsichtsrat ungenügend informiert und Pflichten verletzt haben.



Kontrahenten Müller, Roels: Telefonisch Konsequenzen gefordert

Ein Fahrer hinterlegte den Beschwerdebrief am Montag vergangener Woche gegen 14 Uhr bei der Düsseldorfer E.on-Zentrale. Adressiert war das Schreiben an Wulf Bernotat, der als E.on-Chef auch den Aufsichtsrat des Mischkonzerns RAG führt. Unterschrieben hatten es seine beiden Aufsichtsratskollegen Jan Zilius und Berthold Bonekamp.

Nicht nur Bernotat wird der Brief in den kommenden Wochen Kopfschmerzen bereiten. Vor allem der umtriebige RAG-Chef Werner Müller dürfte an dem Schreiben wenig Gefallen finden. Denn was ihm die beiden RWE-Vorstände Zilius und Bonekamp vorwerfen, ist brisant: Es könnte sogar sein gesamtes Lebenswerk gefährden.

Es entstehe der Eindruck, der RAG-Vorstand habe „seine Pflichten verletzt“ und den Aufsichtsrat „nicht nach den Grundsätzen einer ordnungsgemäßen Berichterstattung“ informiert, schreiben Zilius und Bonekamp. Deshalb könnten die Aufseher ihren „gesetzlichen Kontrollpflichten nicht nachkommen“.

Mittlerweile hat auch RWE-Chef Harry Roels seinen Kollegen Bernotat in Tele-

fongesprächen aufgefordert, Konsequenzen aus dem Verhalten Müllers zu ziehen.

Was den RWE-Chef so erregt, ist ein Vorgang, den Müller vor einigen Wochen noch als Durchbruch für seine Börsenpläne feierte: die Einigung mit dem luxemburgischen Stahlkocher Arcelor. Anders als die drei anderen RAG-Aktionäre E.on, RWE und ThyssenKrupp hatte sich Arcelor nämlich monatelang geweigert, seinen Anteil an der RAG für einen symbolischen Preis von einem Euro abzugeben. Dies jedoch ist eine Voraussetzung für Müllers Plan, die profitablen Sparten der

geschlossen, verhandelte Müller bereits mit Arcelor. Die Vereinbarung sieht vor, dass ein Verkauf nur zustande kommt, wenn die Behörde den RWE-Deal ablehnt – was sie zur Überraschung der meisten Beteiligten tatsächlich auch tat.

Und so glauben die RWE-Manager nicht nur, dass Müller dem Aufsichtsrat Informationen vorenthalten hat. Möglicherweise, so die Branchengerüchte, habe er mit seinen politischen Kontakten auch an der Entscheidung des Kartellamts „gedreht“.

RAG-Aufsichtsratschef Bernotat nimmt die Anschuldigungen in dem Schreiben offenbar ernst. Er beauftragte eine Anwaltskanzlei, den Fall zu prüfen. Die Ergebnisse sollen auf einer Sonderaufsichtsratsitzung präsentiert werden.

Sollte das von Bernotat in Auftrag gegebene Gutachten zu dem Schluss kommen, dass Müller seine Aufseher bewusst falsch oder unvollständig informiert hat, müsste der Oberaufseher möglicherweise nach einem neuen RAG-Chef Ausschau halten. Denn der Ärger über Müllers unberechenbare Verhandlungstaktik wächst auch bei anderen Großaktionären.

Bei der RAG weist man eine Einflussnahme auf das Kartellamt und die schriftlich geäußerten RWE-Vorwürfe als absurd zurück. Müller habe sich nichts vorzuwerfen. Der Sonderaufsichtsratsitzung sehe man gelassen entgegen. Sie eröffne die

Möglichkeit, „den Sachverhalt erneut sehr präzise darzulegen“.

Der neuerliche Ärger kommt für Müller zur Unzeit. Seit zwei Jahren arbeitet der Ex-Bundeswirtschaftsminister mit Verve an seinem Lebenswerk – und eigentlich wählte er sich schon auf der Zielgeraden: Die Chemie-, Energie- und Immobiliensparten der RAG will er als neue Gesellschaft an die Börse bringen und mit dem Erlös eine Stiftung ausstatten, die bis 2018 die defizitäre Steinkohlesparte abwickeln und für die Altlasten aufkommen soll.

Schon träumte der Manager davon, an der Spitze dieser Milliarden-Stiftung zu stehen, ausgestattet mit Macht und Einfluss wie die alten Ruhrgebietsbarone vom Schlag des Krupp-Verwesers Berthold Beitz. Doch genau das will NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) verhindern. Für ihn sei Müller als Stiftungschef undenkbar, ließ er vergangene Woche bei einem Spitzentreffen zur Kohlepolitik in Berlin verlauten.

Die unerwartete Schützenhilfe von RWE-Chef Roels dürfte ihm dabei hervorragend ins Konzept passen.

FRANK DOHMEN, SEBASTIAN RAMSPECK

RAG im kommenden Jahr an die Börse zu bringen.

Müller, vermuten die Verantwortlichen bei RWE, habe die Zustimmung Arcelors mit Zugeständnissen erkaufte – möglicherweise zu Lasten anderer Aktionäre und ohne den Aufsichtsrat zu informieren.

Am 19. März, heißt es in dem Beschwerdebrief an Bernotat, habe Müller mit Arcelor eine notarielle Vereinbarung abgeschlossen. Darin wird dem Stahlkonzern die Möglichkeit eingeräumt, sich an der RAG-Kokerei in Bottrop zu beteiligen. Ferner darf Arcelor die mehrheitlich der RAG gehörende Versorgungsgesellschaft Saar Ferngas kaufen.

Einer solch weitreichenden Vereinbarung, monieren die Kontrolleure, hätte der Aufsichtsrat vorab zustimmen müssen. Tatsächlich jedoch sei er noch nicht einmal ordentlich darüber informiert worden.

Vielleicht mit gutem Grund – denn dieselbe Gasgesellschaft hatte Müller bereits Monate zuvor an RWE verkauft. Zwar stand der Millionen-Deal noch unter Vorbehalt des Kartellamts, doch bevor die Wettbewerbsbehörden den Fall endgültig ab-